

CDA will zukunftsfähige Renten

Auf ihrem Rentenforum der CDA „Deutschland 2050 – Wie wollen wir leben? Wovon sollen wir leben?“ hat die CDA zentrale Forderungen zur Sicherung der Altersrente aufgestellt. Der Zehnpunkte-Katalog fordert unter anderem eine Grundsicherung über dem Sozialhilfeniveau, bessere Berücksichtigung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten und eine Rente auf einem lebensstandardsichernden Niveau.

Die Forderungen im Einzelnen:

Die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft will, dass auch in Zukunft Altersarmut für alle Menschen in Deutschland ein Fremdwort bleibt.

1. Wer langjährig regelmäßig aus seinem Arbeitseinkommen Rentenversicherungsbeiträge entrichtet hat, für den muss die staatlich organisierte Rente auch in Zukunft ein Niveau oberhalb der Grundsicherung (Sozialhilfe) erreichen.
2. Wir wollen vorrangig die Kombination aus einer erwerbsunabhängigen, abgabenfinanzierten Sockelrente für alle Menschen und einer paritätisch durch Beiträge finanzierten Arbeitnehmer-Rentenversicherung prüfen.
3. Eine Mindestsicherung für langjährig Versicherte in der GRV ist auch dadurch möglich, dass für Geringverdiener eine Höherbewertung von Beitragszeiten vorgenommen wird.
4. In jedem Fall sollte ein staatlich organisiertes Alterssicherungssystem berücksichtigen, dass die Erwerbsverläufe in Zukunft öfter als früher von einem Wechsel zwischen abhängiger Beschäftigung und selbständigen Tätigkeiten gekennzeichnet werden. Das kann auch durch den Ausbau der GRV zu einer Erwerbstätigenversicherung als

obligatorischer Alterssicherung geschehen.

5. Menschen, deren Arbeitsleben durch längere Zeiten der Arbeitslosigkeit unterbrochen wurden, haben besondere Probleme, im Alter eine Rente über dem Niveau der Grundsicherung (Sozialhilfe) zu erreichen. Deshalb sollten die Rentenversicherungsbeiträge bei Arbeitslosigkeit erhöht werden.
6. Wir brauchen eine weitere, deutliche Besserstellung von Kindererziehenden und Pflegenden in der gesetzlichen Rentenversicherung. Die entsprechenden Leistungen sollten angehoben werden. Das ist auch deshalb erforderlich, weil das Niveau der gesetzlichen Rente schrittweise sinkt - und damit auch entsprechend der Wert der Leistungen für die Kinderbetreuung und die Pflege.
7. Die Altersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung muss auch in Zukunft so sein, dass sie im Regelfall von gewerblichen Arbeitnehmern, die nicht erwerbsunfähig im Sinne der gesetzlichen Rentenversicherung werden, erreicht wird und diese Arbeitnehmer ohne Abschläge in Rente gehen können. Zur Erreichung dieses Ziel bedarf es ergänzender Anstrengungen in den Bereichen Qualifizierung und Weiterbildung, betrieblicher Gesundheitsförderung und Humanisierung der Arbeitswelt. Ein abschlagfreier Übergang in die Rente ist unter anderem durch die Nutzung von Arbeitszeitkonten möglich. Auch aus diesem Grund wollen wir sie gegen Insolvenz sichern.
8. Um das Gesamtversorgungsniveau für alle Rentnerinnen und Rentner weiter auf Lebensstandard sichernden Niveau zu erhalten, muss die staatlich organisierte Rente durch eine betriebliche Altersversorgung und eine private Altersvorsorge ergänzt werden. Diese beiden Säulen der Altersversorgung müssen weiter ausgebaut und gestärkt und vor allem auch für Geringverdiener attraktiver gestaltet werden.
9. Die Steuer- und sozialabgabenfreie Entgeltumwandlung hat zu einem deutlichen Aufwuchs der betrieblichen Altersversorgung geführt. Es ist erfreulich, dass die Große Koalition die Sozialabgabenfreiheit der Entgeltumwandlung über das Jahr 2008 hinaus verlängern wird. Damit kann dieser positive Trend fortgeführt werden. Durch ein „opting-out“-Modell könnte die Inanspruchnahme dieser Möglichkeit zum Aufbau einer zusätzlichen Alterssicherung in allen Einkommensgruppen stärkere Verbreitung finden.

10. Nach den jüngsten Reformen wird die private Altersvorsorge (Riester-Rente) endlich stärker genutzt. Gerade für Familien mit Kindern muss die private Altersvorsorge noch interessanter werden.

- Zu begrüßen ist daher die Anhebung des staatlichen Förderbetrages pro Kind auf 300 EURO ab 2008.
- Die Große Koalition muss endlich ihr Versprechen einlösen, auch den Erwerb selbst genutzten Wohneigentums „riesterförderfähig“ zu machen.